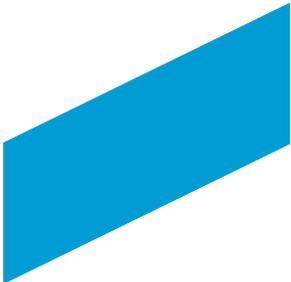




**WWU**  
MÜNSTER



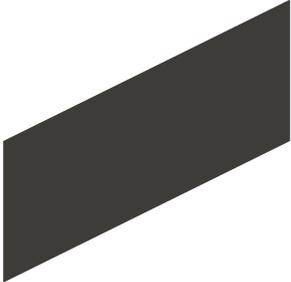
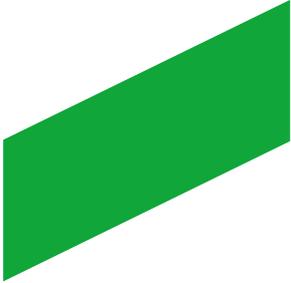
Friso Wielenga und Markus Wilp (Hrsg.)



**Unruhige Zeiten**

Jahrbuch des Zentrums

für Niederlande-Studien 2016/17



**Jan de Vetten, *In de ban van goed en fout. De bestrijding van de Centropartij en de Centrumdemocraten (1980-1998)*, Amsterdam 2016.**

In den Niederlanden ist der Umgang mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen nicht erst seit dem Aufkommen Pim Fortuyns 2002 oder den aktuellen politischen Erfolgen von Geert Wilders Thema politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. In seiner Studie *In de ban van goed en fout (Im Bann von Gut und Böse)* widmet sich Jan de Vetten der Bekämpfung von zwei frühen niederländischen rechtsextremen Parteien: die *Centropartij* (CP) und die *Centrumdemocraten* (CD). Er schließt damit sowohl an aktuelle Trends in der niederländischen Historiographie, die die 1980er Jahren verstärkt in den Blick nehmen, als auch an internationale Studien zu Populismus, Demokratie und Extremismusbekämpfung an.

Die CP war von 1982 bis 1986 die erste Partei am äußersten rechten Rand, die seit dem Zweiten Weltkrieg im niederländischen Parlament vertreten war. Der einzige CP-Parlamentarier, Hans Janmaat, gründete später die CD und war für diese Partei 1989-1998 erneut Mitglied der Zweiten Kammer. Die Partei erhielt bei der Parlamentswahl 1994 sogar zwei weitere Mandate. De Vetten startet seine Studie mit einer inhaltlichen Überprüfung der Parteiprogramme

beider Parteien und ihrer weiteren programmatischen Schriften. Dabei stellt er einerseits fest, dass die CP und CD durchaus gemäßigte Standpunkte vertraten, mit der bedeutenden Ausnahme der ausländerfeindlichen Forderungen in der Migrations- und Integrationspolitik. Andererseits weist er auf die Diskrepanz zwischen den gemäßigten Schriften und der radikaleren öffentlichen Propaganda der Partei hin.

Die eigentliche Analyse beruht auf politikwissenschaftlichen Modellen und unterscheidet strikt zwischen verschiedenen Aktionsformen der Extremismusbekämpfung. Die „Arenen“ Parlament, Gerichtssaal, Parteifinanzierung, Straße sowie Presse und Öffentlichkeit werden je in einem eigenen Kapitel behandelt. Die explizite Einbeziehung der parlamentarischen Aktionsarena führt dazu, dass nur die Parteien CP und CD und nicht andere rechtsextreme Parteien, wie die die *Nederlandse Volksunie* (NVU) und die *Centrumpartij '86* (CP'86), berücksichtigt werden. Als Parteigeschichte der zwei betroffenen Parteien ist das Werk nur sehr eingeschränkt zu verwenden. Positiv ist zu vermerken, dass die überzeugenden Vergleiche zu Entwicklungen im Ausland zu einem breiteren Verständnis des Umgangs mit Rechtsextremismus in Westeuropa in den 1980er und 1990er Jahren führen.

Leider erhält der Leser aufgrund der Aufteilung der zentralen Darstellung auf mehrere Aktionsfelder über weite Teile des Buches kein kohärentes Bild der Gesamtstrategie unterschiedlicher Akteure gegen den Rechtsextremismus. Gerade die zeitgenössische Diskussion über die Strategien und Formen der Extremismusbekämpfung kann einen Einblick in die chronologische Entwicklung bei politischen Parteien, antifaschistischen Gruppen und Organisationen, Geheimdiensten und Gerichten, sowie bei Akteuren der Zivilgesellschaft verschaffen. Verbindungen zwischen den einzelnen Arenen werden zwar angesprochen – zum Beispiel konnte erst über ein Ende der staatlichen Parteifinanzierung gesprochen werden, nachdem Janmaat rechtskräftig wegen Diskriminierung verurteilt war – aber in der systematischen Analyse liegt der Schwerpunkt bei den Aktionsfeldern und nicht bei den Akteuren.

Janmaat wurde in der „Aktionsarena“ Parlament ignoriert und auch persönlich isoliert. Die meisten Abgeordneten weigerten sich, im Plenarsaal neben ihm zu sitzen oder ihm gar die Hand zu reichen. Der Versuch, die CP generell zu ignorieren, wurde bald aufgegeben. Die Parteien verständigten sich stattdessen darauf, Janmaat inhaltlich zu widersprechen und dabei konsequent seine rechtsextremen und ausländerfeindlichen Standpunkte zu entlarven. De

Vetten zieht den Vergleich zu ähnlichen Maßnahmen gegen extremrechte Kräfte im Ausland, zum Beispiel in Belgien, und stellt fest, dass ein *cordon sanitaire* in den meisten Fällen wenig sinnvoll war. Gerade weil die CP und CD inhaltlich durchaus stichhaltige Einwände gegen die Integrationspolitik der Regierung vorbrachten, konnte ihre Ausgrenzung nur ihre Selbstdarstellung als Opfer der etablierten politischen Parteien bestätigen.

De Vetten stellt fest, dass die CP und CD in den 1980er Jahren in der Presse und durch die Zivilgesellschaft hart angegangen wurden. Die Bekämpfung in den Arenen „Gerichtssaal“ und „Parteifinanzierung“ war in den 1990er Jahren weniger spektakulär, aber dank restriktiver Gesetzgebung und Verurteilungen wegen Diskriminierung durchaus erfolgreicher. Die Studie weist häufig auf grundsätzliche Fragen der Extremismusbekämpfung und des Demokratiebegriffs hin. De Vetten unterscheidet zwischen einem „prozeduralen“ Verständnis der Demokratie, bei dem auch antidemokratische Parteien an parlamentarischen Prozessen beteiligt werden, und einem „inhaltlichen“ Verständnis, nach dem schon eine antidemokratische Gesinnung einer Partei eine Bedrohung der Demokratie und eine Legitimierung restriktiver Maßnahmen durch den Staat bildet – auch wenn keine Straftaten begangen wurden und keine rechtskräftige Verurteilung vorlag.

Die Bekämpfung der CP und CD in den 1980er und 1990er Jahren bietet viele Beispiele, die dieses Grunddilemma einer „militanten Demokratie“ (S. 19) illustrieren. Als Janmaat zum Beispiel 1997 wegen Diskriminierung verurteilt wurde und das Gericht explizit mit dem Hintergrund der CD-Ideologie und Janmaats Verantwortung als Politiker und Parlamentarier argumentierte, wurde dies auch durch niederländische Juristen kritisiert. Statt Janmaats eigentliche Äußerungen zur multikulturellen Gesellschaft zu bewerten, würden sie durch den Richter anhand der Argumentation „Janmaat sagt es, also wird es diskriminierend gemeint sein“ interpretiert (S. 136–139). Ein anderes Beispiel war der Brandanschlag durch antifaschistische Aktivisten auf den gemeinsamen Parteikongress von CP und CD in Kedichem 1986. In der anschließenden Parlamentsdebatte stand aber nicht diese gewaltsame Aktion, sondern die rechtsextremen Standpunkte und ideologischen Ziele der CP im Mittelpunkt, die durch die anderen Parteien kritisiert wurden (S. 241–244).

Die Behandlung des Brandanschlags in Kedichem ist Anlass für eine Analyse der Folgen solcher Aktionsformen. Innerhalb der antifaschistischen Bewegung kam es zum Beispiel zu intensiven Kontroversen über die Frage, ob diese Mittel

geeignet seien, die CP als extremistische und undemokratische Partei zu enttarnen. Am Ende kam es zu einer Spaltung der antifaschistischen Szene in den Niederlanden (S. 245–251). Umgekehrt führten die offenen Gewalttaten gegen Parteiveranstaltungen, die tägliche Ausgrenzung in der Zweiten Kammer, die Beobachtung der rechtsextremen Parteien durch die Geheimdienste und Publikationen durch Undercover-Journalisten im Anlauf zur Parlamentswahl 1994 innerhalb der CD zu Angst, gegenseitigem Misstrauen und einer Wagenburgmentalität (S. 178–179).

In seiner Schlussbetrachtung stellt De Vetten fest, dass das gesellschaftliche Klima in den Niederlanden in den 1980er Jahren für das Aufkommen radikalrechter Parteien denkbar ungünstig war. Die kollektive Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg wurde durch den Unterschied zwischen „gut“ und „böse“ sowie die Aufarbeitung der belasteten Vergangenheit und Erinnerung in den Niederlanden geprägt. Kritik der radikalrechten CP und CD an der Immigrations- und Integrationspolitik der niederländischen Regierung wurde demzufolge sofort als „Diskriminierung“ und „Rassismus“ verstanden bzw. als neu aufkommender „Faschismus“ identifiziert. Die junge Generation der Antifaschisten wuchs auf in einem kulturellen Denkmuster von „gut“ und „böse“ sowie mit der Einsicht, dass in den Niederlanden im Zweiten Weltkrieg doch nicht alle im Widerstand gewesen waren. Das Aufkommen der CP als geeignetes Ziel ihres antifaschistischen Aktivismus war für sie ein echter „Glücksfall“ (S. 220). Auch die Geschichtswissenschaft und zivilgesellschaftliche Akteure wie die Anne-Frank-Stiftung interpretierten die CP und CD nach einer genealogischen Herangehensweise: Aufgrund ihres ideologischen Standortes galten sie als direkte Nachfolger des Faschismus, als „böse“ und „rassistische“ Parteien und als Bedrohung für die Demokratie. De Vetten bezieht sich auf mehrere Studien, die darlegen, dass diese moralisch aufgeladene Kritik an jeder Opposition gegen das Modell der multikulturellen Gesellschaft wenig sinnvoll gewesen sei. Etablierte Parteien wie der CDA und die VVD übernahmen in den 1990er Jahren Teile der migrationskritischen Rhetorik der CP und CD und trafen entsprechende Maßnahmen in der Migrationspolitik.

In seinem direkten Vergleich zwischen Janmaats Auftreten in den 1980er und 1990er Jahren und den Positionen von Pim Fortuyn oder Geert Wilders sowie den Reaktionen von Politik und Zivilgesellschaft hebt De Vetten die Aspekte der politischen Kultur und der Erinnerungskultur hervor. Viele Strategien, mit denen heute Geert Wilders bekämpft wird, würden mit dem Aktions-

repertoire gegen CP und CD in den 1980er und 1990er Jahren übereinstimmen. Trotzdem seien die „rechtsextremen“ Parteien vor 2000 viel gemäßiger gewesen als ihre vehemente Bekämpfung vermuten ließe. Dass Fortuyns Partei 2002 und Wilders' PVV 2010 (über eine Duldungskonstruktion) an der niederländischen Regierung beteiligt wurden, wäre in den 1980er Jahren mit Blick auf die Migrations- und Integrationsstandpunkte dieser Parteien noch undenkbar gewesen. Die vorliegende Studie zeigt in hervorragender Weise das unmittelbare Verhältnis zwischen dem Verständnis von „Demokratie“ einerseits und den Formen und Zielen der Extremismusbekämpfung innerhalb sowie außerhalb der parlamentarischen Arena andererseits. Auch jenseits des niederländischen Kontextes dürfte das Buch daher äußerst lehrreich sein.

*Kristian Mennen*